



Die Party ist vorbei

Der Sudan zwischen Aufbruch und Katerstimmung

ANJA DARGATZ
Juli 2011

- Während die südsudanesische Regierung mit der Unabhängigkeit ihre Position konsolidieren kann, steht der Norden vor einer innenpolitischen Zerreißprobe.
- Keine der noch ausstehenden Fragen zwischen Nord und Süd sind bislang gelöst – der Süden wird nun selbstbewusster verhandeln.
- Ob der derzeitige Währungskonflikt eine dauerhafte Periode eines „Krieges ohne Waffen“ darstellt oder bald einer interessengeleiteten Nord-Süd-Politik weicht, muss abgewartet werden.
- Die Umsetzung des CPA nach dessen Ablauf ist nicht geklärt: Die Leidtragenden sind die Grenzregionen Südkordofan, Abyei und Blue Nile.
- Nord- und Südsudan haben ähnliche Probleme, doch sind die Lösungswege seit dem 9. Juli 2011 nun unterschiedliche.

Die Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit des Südsudans waren in vielerlei Hinsicht symptomatisch für die aktuelle (und zukünftige) Situation des frisch geborenen Staates. Die internationale Aufmerksamkeit war dem jüngsten Staat der afrikanischen Staatengemeinschaft Südsudan gewiss und wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Dabei lassen sich die wichtigsten strategischen Partner an Gästeliste und Sitzplatzierung ablesen. Die Präsidenten Mugabe und Zuma waren ebenso willkommen wie europäische Staatsvertreter. Auch die internationale Anerkennung verlief reibungslos. Der Südsudan hatte sich nicht einseitig auf den Friedensvertrag verlassen, welcher ein Unabhängigkeitsreferendum festschrieb. In vielen Delegationsreisen und Vorabgesprächen unterstützt durch die Eröffnung von Landesvertretungen in strategisch wichtigen Regionen hatte die südsudanesischen Regierung sich die Anerkennung zusichern lassen. Das Bündnis zwischen den nord- und südsudanesischen Präsidenten, Omar Bashir und Salva Kiir Mayardit, manifestierte sich in der Geste, dass Bashir unter den ersten war, die Kiir zur Unabhängigkeit beglückwünschten. Dieses Zweckbündnis ist charakteristisch für die Vergangenheit. Allerdings bleibt die Frage offen, wie es sich in der Zukunft entwickeln wird, jetzt wo die Überlebensfrage des Sudanese People's Liberation Movement (SPLM) in Form der Unabhängigkeit erfolgreich gelöst wurde. Während die beiden Präsidenten Einigkeit zwischen Nord und Süd demonstrierten, kam es unmittelbar vor der Ankündigung der Rede Bashirs zum Streit zwischen SPLM-Generalsekretär Pagan Amun, der bislang durch das Programm führte (außerplanmäßig, zunächst war der Informationsminister vorgesehen), und dem Vizepräsidenten Riek Macchar, welcher anscheinend verhindern wollte, dass Amun den nordsudanesischen Präsidenten ankündigte – was ihm gelang, und gleichzeitig der Öffentlichkeit die Machtkämpfe innerhalb der Führung vor Augen führte. Der offizielle Name des neuen Landes Republic of South Sudan wie auch die nur leicht veränderte Flagge haben sich gegen (weit abweichende) Vorschläge durchgesetzt und signalisieren: Wir verstehen uns als Süd-Sudanese, aber immer noch als Sudanese: Dies ist symbolische Politik, aber angesichts der anhaltenden gespannten Lage ein Signal des Pragmatismus.

Das Ende des Comprehensive Peace Agreements (CPA)

Mit der Unabhängigkeit des Südsudans geht ein weltweit einmaliges Friedensabkommen zu Ende: das CPA,

ein Stückwerk aus sechs Protokollen und Kapiteln, die sukzessive 2003 bis 2005 von der Nordregierung und der Rebellengruppe SPLM/A in Naivasha unterzeichnet wurden. Die Welt atmet durch: Sollte dies nun der Vertrag sein, der über zwanzig Jahren Bürgerkriegs ein Ende bereite? Oder würde er scheitern wie sein Vorgänger, das Addis-Abeba-Agreement von 1972? Formal ist das CPA nun beendet – allerdings ohne vollständig umgesetzt zu sein. Herausragende Meilensteine wie die nationalen Wahlen und das Referendum wurden implementiert; der Waffenstillstand zwischen Nord und Süd hat gehalten. Aber was ist mit den übrigen Verabredungen des 240 Seiten starken Schriftstücks? Durch die im CPA vorgesehenen „popular consultations“ soll eine vom gewählten Landesparlament eingesetzte Kommission „durch Befragung der Bevölkerung“ herausfinden, ob das CPA die Bedürfnisse der Menschen angemessen berücksichtigt. Problematisch sind hierbei das unklare Verfahren sowie die fehlende Verbindlichkeit der Ergebnisse. Im Bundesstaat Blue Nile wurde die vorgesehene Volksbefragung im Januar 2011 durchgeführt, die Ergebnisse sind bislang jedoch unter Verschluss. Carter Center und nationale Beobachter berichten von massiver Einmischung sowohl der regierenden National Congress Party (NCP) als auch der SPLM. Für Südkordofan sieht das CPA die gleiche Form der Volksbeteiligung vor – nach den verschobenen Wahlen brachen die Spannungen auf und eskalierten im Mai in den schlimmsten Kämpfen seit Unterzeichnung des CPA. Damit ist die „popular consultation“ auf unbestimmte Zeit verschoben. Ebenfalls aufgeschoben ist das Referendum für Abyei, in dem die Menschen abstimmen sollen, ob sie zukünftig zum (südlichen) Bundesstaat Bhar e Ghazal gehören möchten. SPLM und NCP konnten sich nicht einigen, welche Bevölkerungsgruppen abstimmungsberechtigt sind. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die Anliegen der so genannten Übergangsregionen („transitional areas“) auf der Strecke blieben. Ihre Interessen als Kriegsbündnispartner der SPLM aber mit einer nordsudanesischen Identität und einem eigenen Zentrum-Peripherie-Konflikt mit Khartum werden von keiner Unterzeichner-Partei vertreten. Somit wundert es auch nicht, dass gerade hier die gewaltsamen Auseinandersetzungen ausbrechen.

Mit dem Ende des CPA geht ein wichtiger Referenzrahmen für die beiden sudanesischen Regierungen, aber auch für die internationale Gemeinschaft zu Ende. Auch wenn das politische Handeln dem häufig

widersprach, formal wollte sich keiner der beiden Unterzeichner vorwerfen lassen, den Vertrag zu missachten bzw. wurde dieser Vorwurf ein beliebtes Element des rhetorischen Machtkampfes. Damit kam dem CPA eine weit höhere Bedeutung zu als beispielsweise der Interimsverfassung, die nach Abschluss kaum noch Gegenstand politischer Debatten war. Ein Friedensvertrag kann nicht ewig dauern, nun müssen Gesetze und Verfassung den Rahmen bieten. Die Frage ist, wie trotz des formalen Endes des CPA die noch nicht umgesetzten Protokolle Verbindlichkeit erhalten.

Ein neuer Staat kommt, die Probleme bleiben

Keine der drängenden Fragen, für die bei einer Trennung der beiden Länder eine Lösung gefunden werden musste, wurden vor dem 9. Juli 2011 geklärt. Nach dem Referendum wurden Nord und Süd-Kommissionen eingerichtet, um die „ausstehenden Fragen“ wie Aufteilung der Auslandsschulden, Zuteilung des Öls, Währung und Grenzziehung zwischen Nord-Süd zu besprechen. Diese Kommissionen tagen in Addis Abeba, über Zwischenergebnisse wurde die Bevölkerung nicht informiert. Die Hängepartie in den Nord-Süd-Verhandlungen ist größtenteils innenpolitischen Problemen geschuldet. Mit der Unabhängigkeit in der Tasche gibt sich die südsudanesischen Regierung gelassen: Man setze auf Dialog und sollte überhaupt keine Einigkeit erzielt werden, finde man auch in den nächsten Jahren alternative Wege, das Öl zu exportieren. Man wolle sowieso dem „Ressourcenfluch“ nicht aufsitzen und sich um eine produktive Wirtschaft kümmern, statt sich ausschließlich auf die Öleinnahmen zu verlassen. Politische Vernunft oder Friedfertigkeit, um den internationalen Gebern zu gefallen? Man weiß es nicht, fest steht aber, dass der Süden sich derzeit in den Verhandlungen als der rationalere Partner erweist, während Bashir zwischen den Flügelkämpfen der NCP gefangen ist. Mit der Unabhängigkeit hat etwas mehr Klarheit und Gelassenheit auf südsudanesischer Seite Einzug gehalten. Die Euphorie der Bevölkerung („free at last“) wird die Regierung noch eine Weile tragen. An den Problemen hat sich nichts geändert, die bestanden vor dem 9. Juli und werden voraussichtlich auch noch die nächsten Jahre die beiden Sudans begleiten.

Auf nordsudanesischer Seite steht der Präsident vor einer Zerreißprobe seiner eigenen Partei. Nur selten dringt die Zersplitterung so offensichtlich nach außen wie Ende April nach der Entlassung des Chefs der Geheimdienste Salah Gosh, der seit der Machtergrei-

fung unumstößlich zur Regierungsclique zu gehören schien. Auch der maßlose Militäreinsatz in Südkordofan macht deutlich, dass Bashir innenpolitisch seine Macht demonstrieren muss bzw. seine Gegner in die Schranken weisen muss. Damit ist das militärische Eingreifen in Abyei und Südkordofan vorrangig kein Angriff auf den Südsudan, als welcher er häufig dargestellt wird, sondern eine innenpolitische Säuberung und territoriale Absicherung des Nordsudans. Ob Unruhen in Blue Nile zu erwarten sind, bleibt abzuwarten: Im Gegensatz zu Südkordofan stehen dort alle politischen Kräfte (NCP und SPLM) hinter dem SPLM-Gouverneur Malik Aggar. Diese Geschlossenheit scheint derzeit nur durch Bemühungen von außen angreifbar zu sein. Ob Khartum dies versuchen wird, bleibt abzuwarten.

Auch der absurde „Währungskrieg“ eine Woche nach der Unabhängigkeit, in dem beide Länder quasi über Nacht neue Währungen einführen, entspricht nicht interessengeleitetem politischen Handeln, sondern einer trotzigem Machtdemonstration. Ähnliches gilt für den Umgang mit den Südsudanesen im Norden: Statt einer pragmatischen Lösung (z.B. doppelte Staatsbürgerschaft) erklärte das Arbeitsministerium bereits im Juni alle Südsudanesen ab dem 9. Juli zu Ausländern. Die Konsequenz: Alle 20.000 südsudanesischen Beamten wurden entlassen. Nach einer Übergangsphase von neun Monaten fallen nun alle südsudanesischen Angestellten unter das Ausländergesetz, wonach ein Ausländer nur eine Arbeit annehmen darf, wenn sich kein Sudanese findet. Aus nordsudanesischer Sicht mag das eine Entlastung des überstrapazierten Arbeitsmarktes sein, volkswirtschaftlich ist der kurzfristige Abzug der teilweise hochqualifizierten Arbeitskräfte mehr als problematisch. Der Nordsudan setzt derzeit auf einen „Krieg ohne Waffen“ gegen den Süden.

Gegenüber der eigenen Bevölkerung scheint es hingegen keine Hemmungen zu geben diese einzusetzen. Dies gilt wohl auch zukünftig für die Region Darfur: Am 14. Juli unterzeichnete das Justice and Liberation Movement (JLM) mit der sudanesischen Regierung ein Abkommen. Trotz der hohen Vorabeteiligung von Zivilgesellschaft und anderen im Darfur-Konflikt relevanten Akteuren an den Debatten, muss dieses Papier eine Farce bleiben, solange nicht mindestens das Justice and Equality Movement (JEM) und die Minnawi-Fraktion der Sudan Liberation Army (SLA) unterzeichnen. Im Gegensatz zu JLM haben sie militärisches Gewicht in Darfur. Mit der Unterzeichnung wird der Fehler von 2006 in Abuja wiederholt, wo ebenfalls nur

eine Rebellengruppe unterzeichnete und der Friedenvertrag folgerichtig keine Wirkung entfalten konnte. Angesichts der vielen, vergeblichen Anläufe zu einer Einigung steht zu befürchten, dass in Darfur nur eine militärische Sackgasse und Kriegsmüdigkeit dem Kämpfen ein Ende bereiten kann.

Zudem entwickelt sich die wirtschaftliche Lage immer dramatischer. Die zukünftigen Einbußen im Ölsektor dienen der Regierung als Rechtfertigung für weitreichende Steuer- und Gebührenerhöhungen. Die nächste Welle von Preiserhöhungen ist zu erwarten. Der jahrelange Fokus auf die Öleinnahmen und die Vernachlässigung von produktiven Sektoren und Bildung rächt sich jetzt. Die geringer werdenden Öleinnahmen sind dann der Todesstoß für eine bereits kollabierende Wirtschaft. Die Regierung in Khartum hat die Entwicklungen in der arabischen Welt genau beobachtet und weiß um die Bedeutung von „Brot für das Volk“ – sie hat guten Grund nervös zu werden.

Zu dem gesamten politischen Stimmungsbild gesellt sich der von mehreren hochrangigen Regierungsvertretern geäußerte Frust über die internationale Nicht-Anerkennung des guten Willens, den Süden gehen zu lassen (Präsident Bashir ging darauf auch in seiner Unabhängigkeitsrede ein). Man hatte sich eine Anerkennung in Form von Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen oder ein Entgegenkommen in Bezug auf die Anklage des Präsidenten vor dem Internationalen Strafgerichtshof erhofft. Hätte die internationale Gemeinschaft unmittelbar nach dem Referendum Zugeständnisse machen sollen? Klar ist jedenfalls, dass mit dem Militäreinsatz in Südkordofan die nordsudanesische Regierung derzeit ihre allerletzte Glaubwürdigkeit verspielt. Nach Jahren der Bemühung um internationale Anerkennung steht der Nordsudan wieder am Scheideweg zum Paria-Staat.

Auf nördlichem Territorium wird nun mit UNAMID in Darfur nur eine einzige UN-Mission verbleiben. Die Nord-Süd-Mission wird abgezogen bzw. nach Juba verlagert. Es war absehbar, dass die Regierung in Khartum kein Interesse an der Fortsetzung des Engagements haben würde und scheinbar war auch der internationale Druck nicht stark genug, eine Verlängerung durchzusetzen. Im Einzelnen hat UNMIS im Norden wichtige Beiträge geleistet, vor allem im zivilen Begleitprogramm, wie z.B. das Menschenrechts-Monitoring im Norden, welches der Regierung immer ein Dorn im Auge war, aber zumindest ein Mindestmaß an Bericht-

erstattung und Dokumentation sicherte. Die militärische Rolle von UNMIS ist spätestens nach den Kämpfen in Südkordofan fast so tragisch wie die von UNAMID. Die Exekution von Gefangenen unmittelbar vor einem UN-Lager steht stellvertretend für die Hilflosigkeit der Mission. Für Abyei haben sich die beiden Präsidenten auf eine 5000 Soldaten starke äthiopische Einsatztruppe mit UN-Mandat geeinigt. Was diese leisten soll, was die dort stationierten UNMIS-Truppen nicht leisten konnten, bleibt abzuwarten.

Der Südsudan: Ein-Parteien-Staat oder föderale Demokratie?

Vor dem Referendum war die Position der südsudanesischen Regierung eindeutig: Nach der Unabhängigkeit wird es Neuwahlen geben. Nun hat die Regierung eine vierjährige Übergangszeit für die 2010 gewählte Regierung durchgesetzt. Außerdem wurde eine Interimsverfassung verabschiedet, die dem Präsidenten wesentliche Macht zuspricht. Hierzu gehören beispielsweise die Ausrufung des Notstands mit lediglich nachträglichem Zustimmungsrecht des Parlamentes oder die bedingungslose Abberufung von Gouverneuren und die Auflösung von Landesparlamenten, „wenn [...]Gefahr für das Land besteht“. Der Verfassungsentwurf wurde in einer regierungs-/SPLM-dominierten Verfassungskommission erarbeitet und laut Berichten unter beträchtlichem Druck durch das Parlament verabschiedet. Die Zivilgesellschaft wurde zu keinem Zeitpunkt angehört. Handelte es sich hierbei um Machtsicherung oder eine notwendige Stabilisierung? In einem volatilen Staat wie dem Südsudan liegt beides sehr nah beieinander. Der Südsudan ist noch weit davon entfernt, als stabil definiert werden zu können. Größtes Sicherheitsrisiko bleiben die abtrünnigen SPLA-Generäle, die Milizen um sich scharen und teilweise lokale Machtkämpfe austragen, teilweise Ansprüche auf Ressourcen gegen die Mutter-Armee SPLA geltend machen. Die Zahl der Opfer geht über die letzten Jahre in die tausende. Der Mord an Colonel Gatluak Gai am 23. Juli 2011, drei Tage nachdem er ein Friedensabkommen mit der SPLA unterzeichnet hatte, ist der aktuellste Ausdruck der herrschenden Gewalt. Symptomatisch hierfür sind unorganisierte, marodierende Banden ohne spezifische Forderungen, die sich ebenfalls aus nicht-demobilisierten SPLA-Kämpfern zusammensetzen und denen der Bürgerkrieg jedes Verständnis für ein ziviles Auskommen ausgetrieben hat. Diese Kriegsmentalität findet sich auch bei der formalen Staatsarmee SPLA sowie bei der im Aufbau befindlichen Polizei wieder. Von einem

staatlichen Gewaltmonopol ist der Südsudan noch weit entfernt und dort, wo er seine Gewalt einsetzt, wie z.B. beim Kampf gegen den abtrünnigen General George Athor, geht er so maßlos vor, dass selbst UNMIS Anfang des Jahres ein offizielles Protestschreiben aufsetzte und die Armee ermahnte, beim Kampf zivile Opfer zu vermeiden.

Der Südsudan hat demnach genug eigene Sicherheitsprobleme und versucht zusätzliches militärisches Engagement zu vermeiden, sprich: keine Einmischung in Südkordofan (weder militärisch, noch in den Verhandlungen) und in Abyei (nur Verhandlungen). Auch Darfur scheint für den Südsudan Tabu zu sein: Die Regierung weiß, dass der Südsudan einen stabilen Norden braucht, um sich zu entwickeln zu können. Deshalb verfolgt sie eine Politik der Stabilisierung des Nordsudans. Bislang scheint sie sich damit durchsetzen zu können.

Realpolitisch müsste man sagen, dass die südsudanesische Regierung bereits seit sechs Jahren regiert: Seit dem 9. Juli 2011 ist sie offiziell souverän, doch waren durch den semi-autonomen Status viele Politikbereiche bereits vorher in südsudanesischer Verantwortung. Wie auch immer man die Leistung der Regierung bislang bewertet, seit der Unabhängigkeit gibt es nun wirklich „keine Entschuldigung mehr“, wie Präsident Kiir in seiner Rede zur Unabhängigkeit herausstellte. Der 9. Juli 2011 ist das unmittelbare Datum, an dem die Schonfrist für die südsudanesische Regierung abläuft. Fehlende Dienstleistungen, mangelhafte Wirtschaftskonzepte, mangelnde Sicherheit, Korruption – all das wird nun unmittelbar auf die Regierung zurückfallen, die vom Volk dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Jahre der „Unabhängigkeitsdisziplin“, in denen eigene Interessen zugunsten der Einheit des Landes zurückstehen mussten, sind nun vorbei. Denn im Gegensatz zum Norden, wo sich die Bevölkerung weitestgehend von der Regierung zurückgezogen hat und keinerlei Ansprüche mehr an sie erhebt, identifiziert sich ein Großteil der Bevölkerung noch mit seinen Vertretern aus dem Befreiungskampf.

Die Rückkehrer aus dem Norden können dabei eine Hilfe sein. Zwischen Oktober 2010 und Mai 2011 kamen laut Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) der UN 304.000 Rückkehrer im Südsudan an, zu denen auch Beamte und Mitglieder des nationalen Parlamentes gehören. Die meisten sind gut ausgebildet und haben einen entwickelten

öffentlichen Apparat kennengelernt. Wenn diese Menschen entsprechend ihrer Qualifikationen eingesetzt werden, können sie zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes beitragen. Doch wird diese Umstrukturierung nicht ohne Konkurrenzkämpfe abgehen.

Noch bilden SPLM und Regierung in den Köpfen vieler Südsudanesen eine Einheit. Aufgrund der absoluten Machtverhältnisse wird sich das kaum ändern. Sollte sich die SPLM zu einer programmatischen Partei entwickeln und ihre Geschichte als Rebellengruppe und als Bewegung hinter sich lassen, würde das sicherlich zu einer stärkeren Trennung von Partei und Staat beitragen. Mögliche Szenarien zu einem Multiparteiensystem im Süden liegen im Nebel: Den existierenden traditionellen Oppositionsparteien fehlt es an Mitgliedern und Organisation, Neugründungen gab es bislang nicht. Dass die SPLM z.B. auch ehemalige NCP-Mitglieder aufnimmt, zeugt von der anhaltenden Strategie des Einbindens, der Stärke durch Einheit. Teile der Oppositionsparteien sind bereits früher der SPLM beigetreten. Ein Szenario besagt, dass diese Flügel möglicherweise wieder zu ihren Mutterparteien zurückfinden. Am realistischsten sind jedoch (weitere) Abspaltungen von der SPLM, sollte diese irgendwann zu groß werden. SPLM - Democratic Change, die bislang einzige dauerhafte Abspaltung vom Juni 2009 ist weit davon entfernt, eine Alternative zur oder Gefahr für die SPLM darzustellen. Doch versucht sie sich mit den wenigen Parlamentssitzen, die sie hat, politisch zu behaupten. Grundsätzlich müssen aber die Aussichten auf eine Mehrparteien-Demokratie als pessimistisch beurteilt werden.

Eine demokratische wirtschaftliche Entwicklung bleibt eine Herausforderung, trotz massiver (ausländischer) Investitionen in der Hauptstadt Juba. Wenn man den Verlautbarungen der Regierung glauben darf, setzt sie auf Landwirtschaft als wichtigstem Sektor zur Armutsbekämpfung und will die in Zukunft steigenden Öleinnahmen zum Aufbau dieses und anderer produktiver Sektoren nutzen. Dass immer noch ein Großteil des öffentlichen Haushaltes in die nationale Sicherheit fließt, wird nicht diskutiert. Auch ist nicht erklärlich, warum die Regierung in den letzten sechs Jahren keine Reserve aufgebaut hat, um Krisen wie die derzeitige Benzinknappheit zu überbrücken. Denn auch wenn Khartum möglicherweise nicht immer den korrekten Anteil der Öleinnahmen überwies, so flossen doch für ein armes Land wie den Südsudan immer noch be-

trächtliche Summen in den Staatssäckel des Südsudans. Insgesamt sollen dies zwischen 2005 und 2009 etwa 6,5 Mrd. US-Dollar gewesen sein (Global Witness). Nach dem 9. Juli ist es nun höchste Zeit, auch hier kritisch nachzufragen, wo das Geld geblieben ist.

Ein-Parteien-Staat, Zentrum-Peripherie-Konflikt, Ölein-kommen versus Unterentwicklung, äußerst diverse Ge-sellschaften: Nord- und Südsudan haben sehr ähnlich Probleme, doch die Lösungswege sind spätestens seit dem 9. Juli verschiedene geworden.

Sudans treuer Begleiter: Die Internationale Gemeinschaft

Die Internationale Gemeinschaft wird auch in abseh-barer Zeit nicht aus dem Südsudan wegzudenken sein, sei es als privatwirtschaftlicher Investitionsgeber, als humanitärer Helfer und bei der Entwicklungszu-sammenarbeit, als Weltbankkreditgeber oder als UNMIS-Truppensteller. Vergleicht man die humanitäre Situation im Südsudan mit anderen Ländern in der Region, die trotz Entwicklungsvorsprungs ebenfalls noch beträchtliche Unterstützung erfahren, so ist die Unterstützung mehr als gerechtfertigt. Die Absorptions-kraft der südsudanesischen Regierung wird wachsen, die Koordination der internationalen Hilfe hat sich bereits verbessert. UNMIS wird wachsen und hat angesichts des Wohlwollens der Regierung zumindest bessere Voraussetzungen als im Norden. Wichtig wird eine weitere Dezentralisierung nicht nur des Staates, sondern auch der internationalen Hilfe sein. Wer ausschließlich in Juba unterstützt, verschärft den existierenden Zentrum-Peripherie-Konflikt. Außerdem ist ein wachsames demokratiekritisches Auge gefragt: Wegen vermeintlicher Stabilität sollten Ansprüche an demokratische und föderale Strukturen nicht fahren gelassen werden. Dieser Fehler wurde bereits bei der Umsetzung des CPA begangen. Dazu gehört auch, gerade die Inhalte dieses Vertrages nicht ad acta zu legen. Auch wenn das CPA formal ausläuft, so bleiben die dort aufgegriffenen Probleme weiter gültig: faire Verteilung von politischer Macht und Ressourcen zwischen den Bundesstaaten sowie die Protokolle zu Abyei, Südkordofan und Blue Nile.

Die Internationale Gemeinschaft ist auch gefragt, wenn es um zukünftige Mitgliedschaften in regionalen und globalen Organisationen geht. So ist eine zügige Mitgliedschaft in der Eastern African Community (EAC) kritisch zu prüfen. Dadurch würden dem Südsudan

wichtige Zolleinnahmen verloren gehen, die er derzeit als einzige nicht-öl-abhängige Staatseinnahme sehr nötig hat. Hier braucht es ehrliche und kritische Beratung, die nicht von nationalen Interessen am Ab-satzmarkt Südsudan geleitet ist.

Während im Süden die Entwicklungsindustrie boomt, stehen im Norden die Zeichen auf Rückzug. Am offen-sichtlichsten erkennbar sicherlich am Ende des UNMIS-Mandates, aber auch Einzelorganisationen ziehen sich (aus ganz unterschiedlichen Gründen) zurück. Das be-deutet nicht nur weniger Hilfe für den Norden, sondern auch weniger Beobachtung der Situation im Norden. Die internationale Aufmerksamkeit hat in der Vergan-genheit dazu beigetragen, dass viele Aktionen der Regierung oder der Sicherheitskräfte nicht unbeo-bachtet blieben. Die Euphorie des Südens und die Offenheit der dortigen Regierung gegenüber internationaler Kooperation steht dem wieder erstarkenden Paria im Norden gegenüber. Dies birgt die Gefahr, dass sich die internationale Unterstützung vom Norden abwendet – in Zeiten, in denen die Bevölkerung sie mehr braucht denn je. Die internationale Gemeinschaft sollte nicht den Fehler machen, die Bevölkerung für die Aktionen ihrer Regierung zu bestrafen.



Über die Autorin

Anja Dargatz arbeitet seit 2002 für die Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet seit 2008 die FES-Büros in Khartum und Juba.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Martin Jahr, Referent Sudan

Tel.: ++49-30-269-35-7419 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.nahost@fes.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Sudan

Die FES ist seit 1975 im Sudan aktiv, sie hat ein Büro in Khartum und eine Außenstelle in Juba. Die Arbeit konzentriert sich auf die Diskussion und Entwicklung von demokratischen Wirtschaftsmodellen und die Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses. Sudanesische Expertinnen und Experten werden sowohl in die regionalen Aktivitäten der Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika als auch in Ostafrika eingesetzt.

Weber, Annette; Dargatz, Anja Sudan and Somalia: Linchpins on the Horn of Africa

Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Division for International Cooperation, Africa Department, 2010. - 19 S. = 260 KB, PDF-File. - (International policy analysis)
Electronic ed.: Berlin ; Bonn : FES, 2010
ISBN 978-3-86872-496-7
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07541.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.